

Ressort: Gesundheit

DGB attackiert Arbeitgeber im Streit um Zusatzbeiträge

Berlin, 06.09.2015, 17:49 Uhr

GDN - Im Streit um eine mögliche Beteiligung der Arbeitgeber an den steigenden Zusatzbeiträgen zur Krankenversicherung greift der Deutsche Gewerkschaftsbund die Arbeitgeber scharf an. "Die steigenden Gesundheitskosten allein den Arbeitnehmern aufzubürden, war und ist ein großer Fehler der Politik. Auf diese Ungerechtigkeit hat der DGB immer wieder hingewiesen", sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach dem "Handelsblatt" (Montagausgabe).

Als "Zumutung und reine Stimmungsmache" empfinde sie aber Einlassungen von Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer, die Wirtschaft beteilige sich schon genug, weil sie ja die gesetzliche Unfallversicherung alleine zahle. Kramer hatte behauptet, dass die Wirtschaft einen größeren Anteil an den Sozialabgaben trage als die Arbeitnehmer, weil sie die Beiträge für die Unfallversicherung von elf Milliarden Euro im Jahr alleine zahle, ebenso die Pauschalbeiträge für geringfügig Beschäftigte und die Renten- und Arbeitslosenversicherung für erwerbstätige Rentner. Buntenbach wies diesen Hinweis als völlig neben der Sache liegend zurück. "Dass die Arbeitgeber den Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung alleine zahlen müssen hat nur einen Grund: Die Unfallversicherung befreit sie im Gegenzug von der Haftung für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten." Hier würden also Äpfel mit Birnen verglichen. Die Arbeitgeber trügen zudem große Mitverantwortung für die Gesundheit der Beschäftigten: Sie müssten Arbeit so gestalten, dass sie nicht krank macht. Selbst bei dieser Verpflichtung machten sich viele einen schlanken Fuß. "Jedes Jahr entstehen dadurch enorme Kosten – allein im Bereich der berufsbedingten somatischen Erkrankungen sind es 26 Milliarden Euro." Auch deshalb müssten die Arbeitgeber in der paritätischen Verantwortung für die Kostensteigerungen der Zukunft bleiben. Buntenbach: "Die Einwände der Arbeitgeber gegen die Parität sind wirklich eine Zumutung, wenn man sich anschaut, was auf die Arbeitnehmer zukommt: Durch steigende Beiträge und Zusatzbeiträge wird ein Durchschnittsverdiener schon 2016 rund 420 Euro im Jahr mehr zahlen. Und auch die Arbeitgeber wissen, dass spätestens ab 2019 die Kosten für Gesundheit explodieren werden."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-59959/dgb-attackiert-arbeitgeber-im-streit-um-zusatzbeitraege.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619